

„Armut und Corona – Zwischenbilanz und Perspektive“ Erklärung der Landesarmutskonferenz Niedersachsen

Die Corona-Krise ist eine der größten politischen Zäsuren in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands. Das gesamte Ausmaß mit allen wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen ist noch lange nicht absehbar, aber eins ist offensichtlich:

Vor dem Virus sind nicht alle gleich. Wer arm ist, ist in der Krise noch ärmer dran als der Rest.

„Armut und Corona“ – unter diesem Motto hat die Landesarmutskonferenz LAK Niedersachsen mit ihrem letzten virtuellen Fachtag eine erste Zwischenbilanz gezogen und versucht, Krisen-Perspektiven zu skizzieren und sozialpolitische Forderungen zu formulieren.

Über 10 Jahre Konjunktur-Dauerhoch haben es nicht vermocht, die Armutsquote nennenswert zu senken. Seit Ende der Neunziger Jahre hat die Armut um fast 50 Prozent zugenommen, während die Zahl der Millionäre sich mehr als verdoppelt hat. Die Spaltung unserer Gesellschaft zwischen Arm und Reich hat sich vertieft. In Niedersachsen lag die Armutsgefährdungsquote 2019 bei 17,1 Prozent (gemessen am Bundesmedian). Das ist der höchste Wert seit 15 Jahren. Die Quote im Bund liegt mit 15,9 Prozent ein ganzes Stück niedriger. Bei einer niedersächsischen Gesamtbevölkerung von über 7,98 Millionen Menschen sind insgesamt 1,36 Millionen unmittelbar mit Armut konfrontiert. Durch die Coronakrise droht sie noch weiter anzusteigen. Unserer Gesellschaft ist durch die Corona-Krise mit wachsendem, massiven sozialen Sprengstoff konfrontiert.

Lebensmittel für Arme immer unerschwinglicher

Existentielle Alltagssituation werden für Arme in der Krise noch bedrohlicher als ohnehin. Beispiel Ernährung: Erwachsenen Hartz-IV-Bezieher*innen stehen für Ernährung pro Tag 5,02 Euro zur Verfügung. Eine gesunde Ernährung ist damit nicht möglich. Die für 2021 geplante Erhöhung der Regelsätze von 14 Euro (für Alleinlebende) auf 446 Euro ist ein Skandal: Das sind 47 Cent mehr am Tag, was gerade mal für „'n Appel und 'n Ei“ reicht.

Durch die Corona-Krise werden Lebensmittel für Arme immer unerschwinglicher. Durchschnittlich fast zehn Prozent mehr mussten Verbraucher im April für frische Lebensmittel bezahlen im Vergleich zu 2019, in der Spitze bei Blumenkohl und Paprika über 50 Prozent mehr. Solche Lebensmittel stärken das Immunsystem und sind eine unabdingbare Gesundheitsprävention gerade in Ansteckungszeiten. Davon werden Arme zunehmend ausgeschlossen. Selbst die Notlösung der Tafeln greift immer weniger. Noch immer haben 120 der 947 Einrichtungen laut Bundesverband der Tafeln geschlossen (Stand Juni 2020). Viele Ältere suchen aus Angst vor Ansteckung die Tafeln nicht mehr auf. Dadurch verlieren sie auch soziale Kontakte, mit allen psychosozialen Folgen wie Vereinsamung und Depressionen. Gerade Ältere und Mobilitätseingeschränkte können auch in einem eventuell wieder auftretenden Wettlauf bei Hamsterkäufen nach einer möglichen Krisenverschärfung in kälteren Jahreszeiten nicht mithalten – billige Produkte sind als erstes ausverkauft und teure Markenprodukte können sie sich nicht leisten.

Wachsende Arbeitslosigkeit erhöht Armutsrisiko

Die offizielle Arbeitslosenzahl ist infolge der Corona-Krise kräftig gestiegen. Mit 276.410 (Stand August 20) liegt sie in Niedersachsen um 23 Prozent höher als im Vorjahresmonat. Die tatsächliche Zahl der Arbeitslosen – die so genannte Unterbeschäftigung - lag im August bei über 340.000.

Für mehr als eine Million Niedersachsen war Kurzarbeit angemeldet. Der Einbruch der Wirtschaftsleistung im März und April ist ohne Beispiel in der Nachkriegszeit.

Wenn sich die Konjunktur nicht rasch nachdrücklich erholt, setzt ein Teufelskreis ein, an dessen Ende eine massive Ausweitung der ohnehin viel zu hohen Armutsquote steht: Zahlreiche Jobs sind dann verloren, viele der Kurzarbeiter*innen werden arbeitslos, die Zahl der offenen Stellen nimmt ab, die Zahl der Soloselbstständigen sinkt und Insolvenzen nehmen zu. Von diesem Prozess werden unter anderem das Gastgewerbe, der Einzelhandel und der Kultursektor stark betroffen sein, alles Branchen, in denen Niedriglöhne und prekäre Beschäftigungsverhältnisse die Regel sind. Diese Menschen fallen mit der Arbeitslosigkeit direkt unter die Armutsgrenze. Die Spaltung der Gesellschaft zwischen Krisenverlierer*innen und -Gewinner*innen wird sich vertiefen, wenn jetzt nicht gehandelt wird.

Zuhause bleiben kann nur, wer eins hat.

Jeder Mensch braucht ein Zuhause. Die eigene Wohnung, das eigene „Zuhause“ ist der Ort, der Privatheit, Sicherheit, freie Lebensgestaltung und Schutz, auch und gerade vor Krankheit, ermöglicht. Einen sicheren Ort, eine eigene Wohnung zu haben, gehört zu den Grundbedürfnissen des Menschen. Menschenwürdiges Wohnen ist ein allgemeines Gut. Es muss für alle verfügbar sein und niemand darf davon ausgeschlossen werden.

Obdachlose und Wohnungslose sind davon ausgeschlossen und ihre ohnehin prekäre Lebenssituation verschärft sich durch die Corona-Krise. Der Corona-Appell: Bleibt Zuhause! wird in ihren Ohren zynisch klingen. Zuhause bleiben kann nur, wer eins hat. Notunterkünfte, Tafeln, Beratungsstellen und Tageswohnungen haben oft ihr Angebot verringert, durch die Reduzierung des öffentlichen Lebens fielen selbst existentielle Notlösungen wie Flaschensammeln oder Betteln weitgehend aus. Das Konstrukt der vorübergehenden Unterkunft nach Wohnungsverlust bei Bekannten oder Verwandten ist in Corona-Zeiten zusätzlich bedroht. Menschen ohne Wohnung sind physisch und psychisch erheblich stärker belastet als der Rest der Bevölkerung. Noch ist nicht sicher, ob Wohnungslosigkeit durch die Krise deutlich steigen wird, eins ist aber sicher: Der nächste Winter kommt bestimmt. Wenn damit eine Verschärfung der Corona-Krise durch wachsende Ansteckungszahlen einhergeht, wird er für Obdachlose noch lebensbedrohlicher als normale Winter.

Die Corona-Krise ist für Millionen existenzbedrohend und grenzt aus

Über 2 Millionen Bürger*innen erleiden bundesweit durch die Corona-Krise existenzbedrohende Verluste, laut einer Studie des Meinungsforschungsinstitutes Kantar. Insgesamt muss laut der Studie ein Fünftel der Bevölkerung mit weniger Geld auskommen als vor der Krise. Das sind im Zweifel nicht privilegierte Home-Office-Beschäftigte, gutverdienende Selbstständige oder Beamte, sondern prekär Beschäftigte, Niedriglöhner und Kulturarbeiter*innen. 40 Prozent der Menschen haben keinerlei Rücklagen oder gar Schulden, über 20 Prozent der Beschäftigten arbeiten im Niedriglohnsektor. Das Beispiel Corona-Warn-App zeigt, dass die Krise von der Mitte der Gesellschaft her gedacht und diskutiert wird: Arme können sich Handys, auf denen diese App läuft, oft nicht leisten, manche können sich überhaupt kein Handy leisten. Beispiel digitale Bildung: Sie ist ein Megatrend für unsere Zukunft und in Zeiten von wachsendem digitalem Unterricht als Folge von Corona für die Perspektiven einer ganzen Generation unverzichtbar.

Wenn in laudauf-landab verkündeten Digitalpakten sich allerdings Eltern im Hartz-IV-Bezug an der Anschaffung von Tablets für den Unterricht beteiligen sollen, egal ob im Kauf- oder Mietverfahren, ist das ein Unding. Hartz-IV Bezieh*innen wissen angesichts deutlich steigender Lebensmittelpreise kaum, wie sie sich und ihre Kinder einigermaßen gesund ernähren können. Da bleibt für digitale Bildung nichts übrig. Konsequenz: Wachsende Bildungsungerechtigkeit beim Start in eine ohnehin ungewisse Zukunft.

Es mehren sich die Anzeichen, dass die Pandemie medizinisch beherrschbar wird - die Folgen der Krisenbewältigung werden aber für eine zunehmende Spaltung der Gesellschaft und wachsenden sozialen Sprengstoff sorgen.

Wir brauchen nicht nur Rettungsschirme für Konzerne, sondern auch Rettungsschirme für Arme, Arbeitslose und prekär Beschäftigte!

Frauen als doppelte Krisenverliererinnen

Die letzten Monate haben gezeigt, dass Missstände, die bereits vor der Corona-Pandemie vorhanden waren, durch die Krise noch stärker geworden sind. Die überwiegende Mehrheit der Beschäftigten in den Gesundheits- und Pflegeberufen ist weiblich. Die Relevanz ihrer beruflichen Tätigkeit rückte zwar deutlicher ins gesellschaftliche Bewusstsein, der längst fällige Schritt, nämlich eine monetäre Aufwertung dieser Tätigkeitsfelder, bleibt weiterhin aus. Somit steht die häufige Beschäftigung in Teilzeit bei fehlender tariflicher Entlohnung weiterhin als ein Garant für kleine Renten und führt häufig in die Altersarmut. Zudem erlebten Frauen und Kinder während der Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen einen besonders starken Anstieg häuslicher Gewalt, wie Studien und Rückmeldungen aus Beratungsstellen zeigen. Wahrscheinlich ist, dass viele Fälle aus Angst nicht gemeldet wurden und somit die tatsächliche Zahl noch größer ausfällt.

Erste Erhebungen zur Verteilung innerfamiliärer Sorgearbeit veranschaulichen darüber hinaus, dass vor allem Mütter Kinderbetreuung und Home Schooling getragen haben. Besonders Alleinerziehende, die zu 90% weiblich sind, waren durch fehlende Angebote der Kinderbetreuung stärker bedroht, ihrer beruflichen Tätigkeit nicht mehr nachgehen zu können und folglich arbeitslos zu werden. Zusammenfassend zeichnet sich ab, dass gesellschaftliche Errungenschaften im Hinblick auf Gleichberechtigung binnen kürzester Zeit ins Wanken gerieten und Frauen, hier vor allem alleinerziehende Mütter, dadurch als doppelte Verliererinnen der Krise zählen. Es droht eine „Generation Corona“ mit

spezifischen psychosozialen Folgen: Arme Kinder leiden unter eingeschränkten Wohn- und Betreuungssituationen bis hin zu Mangel an warmen Mahlzeiten, ihre Mobilität ist eingeschränkt, sie sind digital benachteiligt und werden weiter bei Bildung und Ausbildung abgehängt, bereits jetzt ist die Jugendarbeitslosigkeit überproportional hoch.

Auch die längerfristigen Folgen sind bislang noch nicht abzusehen. Fest steht jedoch bereits schon jetzt, dass die unzureichende Entlohnung der Beschäftigten in den Gesundheits- und Pflegeberufe verbessert, der digitale Zugang zu Hilfs- und Beratungsangeboten kostenfrei und niedrigschwellig ausgebaut und Frauenhäuser als systemrelevante Einrichtungen nachhaltig anerkannt und finanziert werden müssen.

Forderungen der Landesarmutskonferenz:

- Sofortige Erhöhung von Hartz-IV-Regelsätzen und Grundsicherung um 100 Euro
- Einmalzahlung („Helikoptergeld“) von 1.000 Euro für Menschen mit geringen Einkommen als Konsumhilfe
- Anmietung von Hotels und ähnlich menschenwürdigen Wohnmöglichkeiten durch Länder und Kommunen zur Unterbringung von Obdachlosen und Menschen in prekären Wohnsituationen wie bei Flüchtlingsunterkünften. Schaffung einer Landeswohnungsbaugesellschaft um der allgemeinen Wohnungsnot entgegenzuwirken
- Ein umfassendes niedersächsisches sozial-ökologisches Konjunktur- und Investitionsprogramm um die Wirtschaftskrise zu überwinden
- Entlastung der Kommunen von Steuermindereinnahmen und Corona-bedingten Mehrausgaben durch umfangreiche Hilfen von Land und Bund
- Planungssicherheit und verlässliche Finanzierung für die sozialen Arbeit in den Kommunen für die nächsten Jahre
- Mindestlohn von 12 Euro und allgemeinverbindliche Tarifverträge in Niedriglohnbranchen
- Abschaffung von prekärer Arbeit durch die Regulierung von Leiharbeit, Werkverträgen und Minijobs
- Eigenständige Kindergrundsicherung
- Befristetes Existenzgeld für Kulturschaffende in Not von monatlich 1200 Euro
- Schutzschirm für Ausbildungsplätze, um allen jungen Menschen einen Einstieg ins Berufsleben zu ermöglichen

- Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor zu fairen Bedingungen, um die bereits bestehende Arbeitslosigkeit zu vermindern
- Kostenlose Bildung für Arme
- Ausbau der Infrastruktur im Gesundheitswesen durch mehr Personal, umfassende Tarifbindung und höhere Investitionszuschüsse des Landes für Krankenhäuser
- Bessere Bezahlung für die Beschäftigten in überwiegend von Frauen ausgeübten Gesundheits- und Pflegeberufen
- Finanzierung öffentlicher Investitionen über einen staatlichen Landesfonds statt durch viel teurere ÖPP (öffentlich-private Partnerschaft)
- Beteiligung von Superreichen an der sozial gerechten Finanzierung der Krisenfolgen durch Vermögensabgabe und Erbschaftssteuerreform

Die LAK Niedersachsen veröffentlichen in unregelmäßigen Abständen auf ihrem Youtube-Kanal Videos zum Thema „Armut und Corona“:

Einstieg: <https://www.youtube.com/watch?v=qVMrMaYv0QM&feature=youtu.be>

Hartz-IV: https://www.youtube.com/watch?v=E_ODpuV0hwI

Gesundheit: <https://www.youtube.com/watch?v=trA87n3LBAw>

Der virtuelle Fachtag ist hier dokumentiert <https://www.youtube.com/watch?v=WCOFaMNF7GI>

Hannover, den 09.10.2020

V.i.S.d.P. Klaus-Dieter Gleitze, LAK Niedersachsen
c/o LAG FW, Grubenstr. 4, 30159 Hannover